

## Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission  
Subkommission DIV



Grossratsgeschäftsnummer: 24/BS 19/205  
Rechtsbuch-Nummer: -  
Departement: DIV

### **Bericht der GFK-Subkommission DIV zum Budget 2026 und zum Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029**

#### **Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV:**

Präsidentin: KR Corinna Pasche-Strasser, Bischofzell  
Mitglieder: KR Sandra Reinhart, Amriswil  
KR Martin Salvisberg, Amriswil  
KR Edith Wohlfender-Oertig, Kreuzlingen

### **Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2026 und zum Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029**

Wie bereits für das Jahr 2025 erwies sich die Budgetierung für das Jahr 2026 als grosse Herausforderung. Die finanzielle Lage ist angespannt.

Bei einem Aufwand von 366.3 Mio. CHF und einem Ertrag von 268.5 Mio. CHF resultiert ein Aufwandsüberschuss von 97.8 Mio. CHF.

Die Reduktion des Nettoaufwandes gegenüber der Erfolgsrechnung 2024 ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass das Amt für Energie (AFE) beim Jahresabschluss 2024 im Zusammenhang mit der erstmaligen Verbuchung einer Rückstellung für offene Beitragszusicherungen nicht budgetierte Mehraufwendungen von 10.63 Mio. Franken auswies.

In der Investitionsrechnung 2026 beträgt die Reduktion gegenüber dem Budget 2025 knapp 2.46 Mio. CHF

## Budget 2026 DIV

### Allgemeine Fragen an alle Ämter

Im Jahr 2026 wurden diese Vereinbarungen und Vertragsverhandlungen entweder verlängert oder neu formuliert.

- Amt für Informatik: Die Rahmenverträge mit Drittkunden wurden vereinheitlicht, um die Zusammenarbeit zu standardisieren und zu optimieren.
- Landwirtschaftsamt: Die Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Agro Marketing Thurgau AG wurde neu verhandelt und angepasst.
- Veterinäramt: Es wurden neue Leistungsvereinbarungen abgeschlossen: mit einem Tierheim, mit einem Hundeführer für die ASP-Suchhundestaffel, sowie mit einem Drohnenpiloten für die ASP-Drohnenstaffel.

Im Rahmen der aktuellen Budgetplanung wurden in mehreren Bereichen gezielte Einsparungen und Verschiebungen von Projekten vorgenommen:

- Generalsekretariat: Im Bereich „Dienstleistungen Dritter“ wurden weitere Einsparungen realisiert.
  - Öffentlicher Verkehr: Die Umsetzung sämtlicher Angebotsausbaupläne des Konzepts „Öffentlicher Regionalverkehr Kanton Thurgau 2025–2030“ wurde auf frühestens 2027 verschoben.
  - Staatsarchiv: Die Mittel zur Forschungsförderung wurden leicht reduziert.
  - Amt für Informatik: Auf verschiedene Erneuerungen von Anwendungen auf Ämterebene wurde verzichtet bzw. diese wurden aufgeschoben. Die globalen Budgetkürzungen führten dazu, dass sämtliche Ersatzvorhaben im Bereich Konzern und Globalbudget auf ihre Dringlichkeit geprüft und – wo möglich – verschoben wurden.
  - Amt für Geoinformatik: Einsparungen erfolgen bei der Vergabe von Arbeiten an Dritte sowie bei externen Beratungen. Projekte wurden ins Folgejahr verschoben.
  - Amt für Arbeit: Die vakante Stelle eines Lärmschutzbeauftragten wurde für die Budgetperiode 2026 vollständig gestrichen.  
Thurgau Tourismus: Der Beitrag wurde bereits im Budget 2025 von CHF 1'070'000 auf CHF 930'000 reduziert.
  - Landwirtschaftsamt: Im Jahr 2026 finden keine periodischen Wiederinstandstellungen (PWI) von Flur- und Waldstrassen statt. Die Güterzusammenlegung (GZ) im Oberthurgau wird nicht umgesetzt.
  - Hotellerie Arenenberg: Im Budget 2026 sind gegenüber der Rechnung 2024 folgende Einsparungen vorgesehen:
    - CHF 643'000 bei den Personalaufwendungen
    - CHF 40'000 bei den Sachaufwendungen
    - Der Fokus liegt auf einer organisatorischen Optimierung und einer Kostenreduktion, insbesondere durch die Umstellung auf Selbstbedienung.
- Bodenlabor: Sämtliche Anschaffungen und Unterhaltsarbeiten wurden gestrichen, da das Labor ab 2027 geschlossen wird.
- Bildung: Über alle Abteilungen hinweg wurden Weiterbildungsanträge im Umfang von rund CHF 40'000 aufgeschoben.

3/9

- Amt für Energie: Das Angebot in den Bereichen Information, Beratung und Weiterbildung wird gegenüber dem Budget 2025 um 31 % reduziert. Verzichtet wird auf Messeauftritte, Marketingaktivitäten und Informationsveranstaltungen.

## **Stellenentwicklung**

DIV werden 2.1 Stellen neu beantragt.

### Staatsarchiv

Die neu geschaffene Stelle im Archivdienst ist von Beginn an vollständig refinanziert und ausgelastet. Der Dienst verfolgt eine klare Strategie: Zusätzliche Stellen werden nur geschaffen, wenn eine gesicherte Refinanzierung durch Drittaufträge vorliegt. Um mögliche Schwankungen im Betriebsergebnis auszugleichen, ist eine budgetierte Entnahme vorgesehen.

### Amt für Informatik

Das AFI beantragt zwei neue Vollzeitstellen. Diese sind erforderlich, um der zunehmenden Bedrohungslage im Cyberraum wirksam zu begegnen und die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie weiter voranzutreiben. Beide Themen zählen zu den Kernkompetenzen des AFI und sollen mit eigenen personellen Ressourcen abgedeckt werden. Es ist dem AFI ein zentrales Anliegen, Know-how innerhalb der Organisation zu halten und gezielt weiterzuentwickeln.

### Amt für Arbeit

Die im Budget beantragte neue Stelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit reicht nicht aus, um das Problem zu lösen, ermöglicht jedoch eine intensivere Kontrolle und eine gezieltere, risikobasierte Fallbearbeitung. Zudem ist durch die neue Stelle eine Stellvertretung sichergestellt. Diese Verbesserungen dürften dazu beitragen, dass sich der Kanton Thurgau im nationalen Index zur Schwarzarbeitsbekämpfung von den hinteren Rängen etwas verbessern kann. Die Finanzierung der Stelle erfolgt durch den Bund.

### Landwirtschaftsamt

Im Landwirtschaftsamt werden insgesamt 1.9 Stellen abgebaut.

## **Generalsekretariat**

Die Umsetzung des ÖV-Konzepts 2025–2030 befindet sich im Rückstand. Hauptursache dafür ist der zunehmende Spardruck auf Bundes- und Kantonebene. Besonders betroffen ist die Finanzierung über den Bahninfrastrukturfonds (BIF), dessen Beiträge von den Kantonen an die Teuerung und die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts (BIP) gekoppelt sind. Für das Budget 2025 wurde die wirtschaftliche Entwicklung vom Bund überschätzt, was zu einer Korrektur nach unten im Budget 2026 führte.

Der Anteil des Kantons Thurgau am Gesamtbetrag des BIF hat sich ebenfalls verringert. Dies liegt unter anderem daran, dass der Verteilungsschlüssel jährlich angepasst wird – für das Jahr 2026 basierend auf den Werten von 2024. Während in anderen Kantonen das Bahnangebot im Jahr 2024 ausgebaut wurde, blieb es im Thurgau unverändert. Dies führte zu einer relativen Abwertung des Beitragsanteils des Kantons Thurgau. Die finanziellen Mittel im Konto 3010.3130.000 (Dienstleistungen Dritter), die für Informationen, Projektierungen und Studien vorgesehen sind, wurden auf ein absolutes Minimum reduziert. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Planung und Umsetzung neuer Vorhaben. Die Abteilung öffentlicher Verkehr ist personell sehr klein und kann viele Aufgaben intern bewältigen, ist jedoch bei einzelnen Projekten auf externe Unterstützung angewiesen.

Seit dem Jahr 2025 wird die Publikation „thurgau mobil“ nur noch einmal jährlich gedruckt – zuvor waren es zwei Ausgaben pro Jahr. Auch dies ist Ausdruck der Sparmassnahmen und der Priorisierung innerhalb der Abteilung.

Ein positiver Trend zeigt sich bei den Nachfragezahlen: Im Jahr 2024 entwickelten sich diese deutlich besser als prognostiziert. Auch die Zielvorgabe für das Jahr 2025 wird voraussichtlich übertroffen. Die Einschätzung für das Jahr 2026 basiert auf einer gemeinsamen Prognose der Abteilung öffentlicher Verkehr und der Verkehrsunternehmen vom Juni 2025.

## **Staatsarchiv**

Seit dem 1. Juni 2025 ist Adrian Oettli als neuer Staatsarchivar im Amt. Sein Start verlief erfolgreich, und er hat sich gut in die neue Funktion eingefunden. Ein Nachfolger für seine bisherige Stelle ist gefunden. Dieser wird die Stelle per 1. Januar 2026 antreten, was zur Stabilisierung der Arbeitsabläufe beigetragen hat.

Das Staatsarchiv Thurgau ermöglicht jährlich zwei professionelle Forschungsarbeiten zu Thurgauer Themen, die hauptsächlich auf seinen Beständen basieren. Angesichts der Grösse des Kantons mit knapp 300'000 Einwohnern wäre eine doppelte Anzahl solcher Arbeiten angemessen. Historische Forschung trägt wesentlich zur Identifikation mit der Heimat, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Aufarbeitung der Vergangenheit bei.

Trotz dieser Bedeutung wird die historische Forschung reduziert. Die Einsparungen wirken sich insbesondere auf die Beratung und Unterstützung bei Forschungsarbeiten aus, die künftig nur noch eingeschränkt möglich sein wird. Zudem fehlt die Kapazität, Forschungsprojekte bei Dritten aktiv anzuregen. Langfristig wird dies zu einem Rückgang an Publikationen über die Geschichte des Kantons Thurgau und seiner Gemeinden führen.

## **Amt für Informatik**

Die Digitalisierung der kantonalen Verwaltung schreitet erfolgreich voran. Zahlreiche Projekte des Kompetenzzentrums Digitale Verwaltung (KDV) und des Amtes für Informatik (AFI) wurden erfolgreich umgesetzt. Ein besonderer Meilenstein war die Auszeichnung beim 24. eGovernment-Wettbewerb in Berlin, wo der Kanton Thurgau für seine Digitalisierungsleistungen prämiert wurde. Bis Ende 2025 sollen insgesamt 120 Dienstleistungen über den Digitalen Schalter verfügbar sein.

Digitalisierung bedeutet jedoch zunächst Investitionen. Die daraus resultierenden Effizienzgewinne kommen nicht immer direkt dem Kanton zugute, sondern oft den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gemeinden. Besonders grosse Effizienzgewinne lassen sich durch die Automatisierung interner Prozesse erzielen – ein Beispiel dafür ist die elektronische Bestellung von Betriebsregisterauszügen, bei der der Kanton direkt profitiert.

Die Erträge aus dem Kundengeschäft des ÖRK steigen kontinuierlich. Das AFI ist verpflichtet, kostendeckend zu arbeiten. Die Überarbeitung des Servicekatalogs führte zu höheren Tarifen, die ab dem 1. Januar 2026 vollständig verrechnet werden. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Anlagen gemäss den neuen Vorgaben des Finanzhaushaltsgesetzes (§ 60 Abs. 2) und der Finanzhaushaltsverordnung (§ 37 Abs. 1 Ziff. 4) von zehn auf fünf Jahre verkürzt, was zu höheren Abschreibungsbeträgen führt.

Dank der fortschreitenden Digitalisierung konnten Stellen eingespart werden. Berechnungen des Kompetenzzentrums Digitale Verwaltung zeigen, dass die Digitalisierungsaktivitäten in der KVTG zu potenziellen Einsparungen von rund 15 Vollzeitstellen geführt haben. Einige Stellen wurden bereits gestrichen, andere konnten durch die Einsparungen vermieden werden.

## **Geoinformatik**

Für das Jahr 2024 war ein Kostendeckungsgrad von 35 % budgetiert. Dieser Wert entspricht dem Kostendeckungsgrad der beiden Vorjahre und zeigt somit eine konstante Entwicklung über den Zeitraum von drei Jahren. In der effektiven Rechnung 2024 konnte jedoch ein leicht höherer Kostendeckungsgrad erzielt werden. Grund dafür war ein zusätzlicher Bundesbeitrag im Rahmen eines gemeinsam mit dem Bund realisierten Spezialprojekts im Bereich des ÖREB-Katasters, das gesondert abgegolten wurde. Fürs Budget 2026 ist wieder ein Deckungsbeitrag in der Höhe von rund 35% vorgesehen.

Für die kommenden Jahre ist davon auszugehen, dass der Kostendeckungsgrad wieder sinken wird. Hintergrund sind die Sparbemühungen auf Bundesebene, die voraussichtlich zu einer Reduktion der Bundesabgeltungen führen werden. Damit wird sich die Finanzierungslage im Bereich ÖREB-Kataster verschärfen, was eine sorgfältige Planung und Priorisierung der Mittel erforderlich macht.

## **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Der höhere Mittelbedarf für den Innovationsfonds führt zu einer erhöhten Entnahme aus der Spezialfinanzierung. Die eingesetzten Mittel dienen der Umsetzung eines ganzheitlichen Angebotskonzepts, das die bisherigen Leistungen des Thurgauer Technologieforums (Veranstaltungen, Coaching und Beratung) übernimmt und erweitert. Neu sollen auch konkrete Innovationsvorhaben wie Machbarkeitsstudien sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte unterstützt werden. Der geschätzte jährliche Finanzbedarf der SIT beträgt rund 1,5 Mio. Franken. Davon sind etwa 300'000 Franken bereits heute für bestehende Angebote wie das Technologieforum budgetiert. Weitere Details sind in der Botschaft 20/GE 34/678 enthalten.

Im Rahmen der Budgeterstellung im April 2025 wurde für das Jahr 2026 eine Zunahme der Stellensuchenden um rund 5 % gegenüber 2024 angenommen. Diese Prognose erweist sich inzwischen als zu optimistisch. Aktuell wird mit durchschnittlich rund 7'100 Stellensuchenden für 2026 gerechnet. Die wirtschaftliche und geopolitische Lage erschwert verlässliche Prognosen zusätzlich.

Bereits im Jahr 2024 hatte der Kanton Thurgau mit 160 Dossiers pro Personalberater schweizweit die dritthöchste Belastung. Mit der steigenden Zahl Stellensuchender verschärft sich diese Situation weiter. Um die Belastung auf das Normmass von 120 Dossiers zu senken, müsste der Bestand an Personalberatern um mindestens 10 % erhöht werden.

Die Plattform «karriere thurgau» wird mit jährlich rund 20'000 Franken aus der Budgetposition Standortmarketing finanziert. Diese Summe deckt die Grundkosten für Hosting und Partnerschaft mit der X28 AG. Die Wirkung der Plattform wird evaluiert, wobei konkrete Messgrößen noch zu definieren sind. Die Einlagen in den Arbeitsmarktfonds werden nicht budgetiert, da sie vom Staatssteuerertrag des vorangegangenen Rechnungsjahres abhängig sind.

Im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz reichen die vorhandenen Ressourcen nur knapp aus, um die UVG-Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Koordinationskommission EKAS zu erfüllen und das Tagesgeschäft (Baugesuche, Planungs- und Lärmgeschäfte) fristgerecht zu bearbeiten. Eine Zusammenarbeit mit den Versicherungen ist aus Datenschutzgründen nicht möglich. Auch mit der SUVA beschränkt sich die intensive Zusammenarbeit auf den Bereich Prävention, nicht auf die Versicherungstätigkeit.

Die Einlage in den Arbeitsmarktfonds ist nicht budgetiert, da die dafür benötigten Mittel abhängig sind von Staatssteuerertrag des vergangenen Rechnungsabschlusses.

## Landwirtschaftsamt

Der Bund plant gemeinsam mit privaten Organisationen konkrete Massnahmen zur Optimierung des Kontrollsystems, um eine administrative Entlastung für die Betriebe zu erreichen. Das Landwirtschaftsamt (LA) begleitet seit Beginn die Einführung von Di-giFLUX und die damit verbundene Meldepflicht für Handel und Anwender. Verzögerungen beim Bund sowie gesetzliche Anpassungen haben den ursprünglichen Zeitplan verschoben. Die vollständige Datenerfassung in allen vorgesehenen Bereichen ist nun ab dem Jahr 2027 vorgesehen.

Die im Budget 2025 ausgewiesene Reduktion der Direktzahlungen um 33 % gegenüber der Rechnung 2024 ist erklärbar: Es handelt sich nicht um die effektiven Direktzahlungen, sondern um die Produktgruppe „Direktzahlung“. Die Abweichung ergibt sich aus der Aufteilung der bisherigen Produktgruppe „Direktzahlung und Kontrollwesen“ in zwei separate Produktgruppen. Für einen korrekten Vergleich mit der Rechnung 2024 müssen beide Kostenstellen zusammen betrachtet werden. Das Total der Aufwendungen gemäss Budget 2026 beläuft sich auf 2.11 Mio. Franken, was gegenüber der Rechnung 2024 einem Mehraufwand von rund 227'000 Franken entspricht.

## Arenenberg

Der Kurs zur Fachbewilligung Pflanzenschutz musste aus Ressourcengründen auf das Jahr 2026 verschoben werden. Gleichzeitig ist eine strukturelle Veränderung im Bereich der Labordienstleistungen geplant: Der Betrieb des Bodenlabors wird Ende 2026 an einen bisherigen Kunden übergeben und damit privatisiert.

Im Bereich der Hotellerie werden verschiedene Handlungsoptionen geprüft, um die Kosten weiter zu reduzieren. Dazu gehören die Realisierbarkeit einer Delegationsstrategie mit externen Betreibern sowie die saisonale Schliessung des Hotels für externe Gäste während der Wintermonate. Die Prüfung verschiedener Varianten – wie reduzierte Öffnungszeiten, Umwandlung in ein Konvikt oder vollständige Schliessung mit Rückgabe an das Hochbauamt – hat gezeigt, dass damit nur moderate Einsparungen zwischen 27'000 und 90'000 Franken möglich wären. Diese Einsparungen sind begrenzt und aus Konzernperspektive teilweise nicht relevant, da ein Grossteil der Sach- und Personalkosten auch bei reduziertem Betrieb bestehen bleibt, um die verbleibenden Angebote aufrechtzuerhalten.

Positiv zu vermerken ist, dass durch die Wiedererlangung des Bio-Labels «Knospe» Mehreinnahmen erzielt werden konnten. Die Erträge steigen gegenüber dem Budget 2025 um rund 62'000 Franken, wobei der Standort Salenstein mit rund 70'000 Franken wesentlich dazu beiträgt. Diese Zunahme ist auf den Verkauf von Bio-Milch, Ackerfrüchten und Eiern zurückzuführen. An anderen Standorten wird hingegen mit leicht tieferen Umsätzen gerechnet, etwa aufgrund der Remontierung von Zwetschgenanlagen in Güttingen und Parzellen im Weinbau. Daher schlägt die Zunahme in Salenstein nicht voll auf das Gesamtbudget der Schul- und Versuchsbetriebe durch.

Die Grundbildung am Arenenberg erfolgt im Rahmen eines Leistungsauftrags des Amts für Berufsbildung (ABB) für die Berufe Landwirt/Landwirtin EFZ, Agrarpraktiker/in EBA und Musikinstrumentenbau EFZ. Die Kostendeckung liegt dank des Staatsbeitrags bei 100 %. Für weiterführende Ausbildungen mit eidgenössischem Abschluss – wie die Betriebsleiterschule, die Ausbildung zur Bäuerin oder die höhere Fachprüfung zum Meister

– besteht hingegen kein Leistungsauftrag. Diese Angebote sind aktuell nicht kostendeckend und stark abhängig von der Zahl der Teilnehmenden.

Ein dringendes Anliegen ist die Sanierung des maroden, denkmalgeschützten historischen Gästehauses. Diese wurde über zehn Jahre verschoben und ist nun zwingend notwendig. Die klimatischen Bedingungen in der heutigen Bibliothek sind unzureichend, was bereits zu Schimmelbefall bei historischen Büchern geführt hat. Mit der Renovation wird eine geeignete Bibliothek für die wertvollen Dokumente geschaffen und die Nutzung der übrigen, derzeit ungenutzten Räumlichkeiten ermöglicht. Dies ist Voraussetzung dafür, dass der historische Prinzenflügel künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Die Sanierung steht in keinem Zusammenhang mit der Hotellerie.

## **Amt für Energie**

Das kantonale Förderprogramm zur energetischen Sanierung ist ein zentrales Instrument zur Erreichung der Klimaziele. Die geplante Redimensionierung betrifft insbesondere die Reduktion von Fördersätzen, etwa für die Sanierung einzelner Bauteile, sowie die Streichung ganzer Förderbereiche. Dazu zählen unter anderem der Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch Luft/Wasser-Wärmepumpen, energetische Gesamt-sanierungen und Batteriespeicher.

Diese Kürzungen führen zu einer spürbaren Reduktion der Wirkung des Programms. Eine Schätzung zeigt, dass die genannten Massnahmen die CO<sub>2</sub>-Einsparungen um rund 15 bis 20 % verringern könnten. Damit wird das Potenzial des Programms zur Erreichung der kantonalen Klimaziele deutlich geschwächt.

In den letzten vier Jahren wurden durch die Förderbeiträge jährlich durchschnittlich Investitionen von rund 115 Mio. Franken ausgelöst (Hochrechnung 2025). Zwischen Förderbeitrag und Investitionssumme besteht ein Multiplikator von etwa 5. Besonders hervorzuheben ist, dass rund 75 % dieser Investitionen bei Unternehmen im Kanton Thurgau getätigt werden. Das Programm trägt somit wesentlich zur lokalen Wertschöpfung im Bauhaupt- und Baunebengewerbe bei und generiert zusätzliche Effekte wie Steuereinnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Zwar ist unbestritten, dass ein kleiner Teil der Investitionen auch ohne Fördergelder erfolgen würde. Dennoch zeigen die Auswertungen, dass Förderbeiträge häufig den entscheidenden Impuls für Investitionen geben – etwa nach dem Motto: „Wenn ich dafür etwas bekomme, dann steige ich jetzt auf ein erneuerbares Heizsystem um oder isoliere mein Haus.“

### **Veterinäramt**

Ab dem Jahr 2026 wird im Veterinärwesen des Kantons Thurgau eine risikobasierte Kontrollpolitik eingeführt. Diese sieht vor, vermehrt Verwaltungskontrollen durchzuführen, die teilweise physische Kontrollen vor Ort ersetzen. Für die Kontrollperiode 2026–2029 wird mit rund 100 physischen Kontrollen weniger pro Jahr gerechnet. Dies dürfte zu Einsparungen führen, deren genaue Höhe derzeit jedoch noch nicht abschätzbar ist. Grund dafür sind fehlende Erfahrungswerte hinsichtlich des Aufwands für Verwaltungskontrollen sowie die Tatsache, dass Risikobetriebe künftig häufiger und intensiver kontrolliert werden müssen.

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung werden ab 2026 rund 20 Dienste des Veterinäramts über den Digitalen Schalter des Kantons verfügbar sein. Dabei handelt es sich vor allem um Bewilligungsgesuche, die künftig vollständig elektronisch abgewickelt werden können. Auch hier sind die potenziellen Einsparungen noch nicht bezifferbar, da die Auswirkungen auf die Verwaltungsprozesse erst mit der praktischen Umsetzung sichtbar werden.

#### Finanzierung des Tierseuchenfonds

Die Finanzierung des Tierseuchenfonds erfolgt über mehrere Quellen:

- gesetzlich geregelte Beiträge der Tierhalter,
- eine mindestens paritätische Einlage der öffentlichen Hand,
- Gebühren für Viehhandelspatente, die alle drei Jahre erhoben werden,
- sowie Bussen und Geldstrafen aus Verstössen gegen die Tierseuchengesetzgebung.

Der Fonds stellt ein zentrales Instrument zur Sicherstellung der Tiergesundheit und zur Finanzierung von Massnahmen im Seuchenfall dar.

### **Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029 DIV**

Bischofszell, 4. November 2025

Die Subkommissionspräsidentin  
KR Corinna Pasche-Strasser